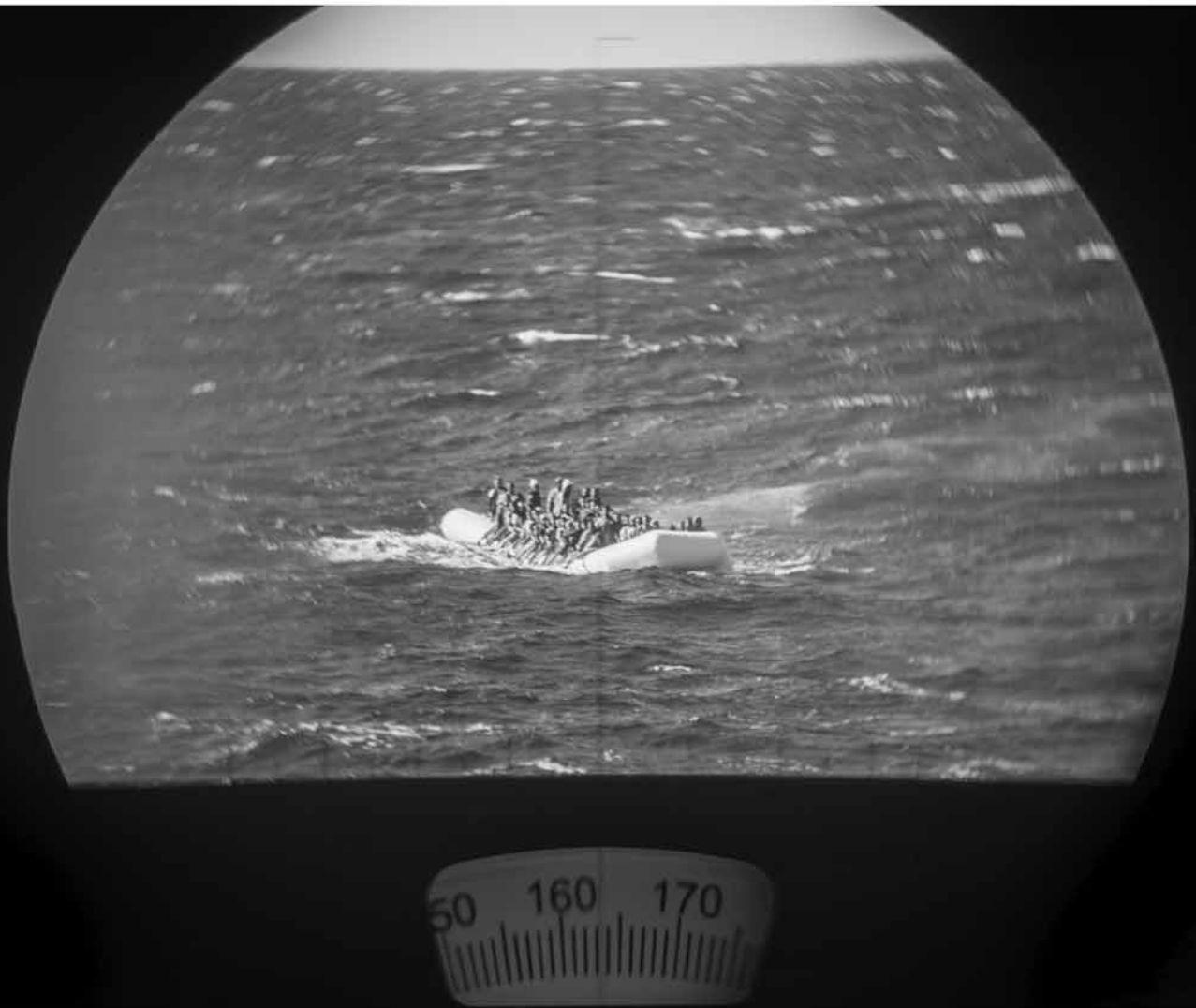


SOS Humanity

Die Menschlichkeit droht, im Mittelmeer unterzugehen



Seit mehr als sechs Jahren stemmen sich zivile Seenotrettungsorganisationen wie *SOS Humanity* gegen das Ertrinkenlassen von flüchtenden Menschen im Mittelmeer. Weil die EU-Politik auf die Abschottung Europas setzt, wurde die Verantwortung zur Seenotrettung an Libyen ausgelagert. Statt selbst zu retten, finanziert die EU das rechtswidrige Abfangen Flüchtender durch die libysche Küstenwache. Die spendenfinanzierten Retter*innen und ihre Schiffe werden von den Behörden immer wieder blockiert. Ein Zustandsbericht von Petra Krischok



Auf großen Holzbooten werden die Menschen von den Schleppern an Deck und im Frachtraum auf engstem Raum eingepfercht und können sich oft tagelang nicht bewegen.



Auch im Winter fliehen die Menschen. Dann sind sie manchmal nach Tagen ungeschützt auf See stark unterkühlt.



„Hinter jeder Frage liegt der Abgrund“, sagt Retterin Julia über die Erfahrungen, die die geretteten Frauen in Libyen gemacht haben.

Während die Öffentlichkeit in Europa mit Entsetzen auf den Krieg in der Ukraine und seine Folgen schaut, finden andere Schauplätze von Gewalt und Flucht kaum Beachtung. Das Mittelmeer, eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt, ist ein solcher Ort. „Als wir in das Boot stiegen, schlugen die Schmuggler jeden. Sie hatten Waffen, die größer waren als mein Arm“, erzählte Zidane (Name geändert), als er in Sicherheit an Bord des Rettungsschiffs war. Wer die riskante Überfahrt über das zentrale Mittelmeer aus Libyen wagt, ist meistens Krieg, Verfolgung, Hunger oder Hoffnungslosigkeit entflohen. So auch der 31-jährige Zidane, der aus dem Bürgerkriegsland Jemen floh, wo aktuell Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind. Er wurde im Oktober 2021 mit 105 weiteren flüchtenden Menschen von der Crew der *Ocean Viking* aus einem Holzboot gerettet. „Schnell gingen uns Wasser und Treibstoff aus. Wir hatten kein Satellitentelefon und konnten niemanden kontaktieren.“ 17 Stunden hatte Zidane zusammengepackt im Frachtraum unter Deck verbracht. „Wir beteten und beteten, und Gott sei Dank habt ihr uns gefunden.“

Das Mittelmeer, ein Massengrab

Zidane hatte Glück – wie rund 8.000 Menschen, die im vergangenen Jahr auf der Mittelmeer-Fluchtroute von zivilen Rettungsschiffen in ihren Booten in Seenot entdeckt, gerettet und an einen sicheren Ort gebracht wurden. Für mindestens 1.553 Menschen gab es 2021 keine Rettung. So viele Flüchtende sind im vergangenen Jahr laut *Internationaler Organisation für Migration* (IOM) im zentralen Mittelmeer ertrunken. Seit 2014 verzeichnet die IOM über 19.000 Tote auf dieser Fluchtroute – und die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Viele Menschen auf den seeuntauglichen, deutlich überbesetzten Booten verschwinden einfach in den Fluten, ungesehen, undokumentiert. Das Mittelmeer, unser Sehnsuchtsort – es ist ein Massengrab.

Manchmal gibt das Meer die Toten wieder frei, dann werden Leichen an die Küsten Libyens oder Tunesiens gespült. Das Foto des dreijährigen Alan Kurdi, ein 2015 auf der Flucht ertrunkener syrischer Junge, angespült an einen türkischen Strand, ging damals um

die Welt. Als am 27. Februar dieses Jahres fünfzig Menschen in ihrem kenternenden Holzboot vor der libyschen Küste ertranken, nahm kaum jemand Notiz hiervon. Es war niemand da, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Mehr als ein Dutzend ihrer Leichen trugen die Wellen an einen libyschen Strand. Die restlichen bleiben für immer verschwunden.

Das politische Versagen wird kompensiert

Die zivile Seenotrettungsorganisation *SOS Humanity* arbeitet seit sieben Jahren gegen das Ertrinkenlassen der Flüchtenden auf dem Mittelmeer an. 2015 gründete der Kapitän und Historiker Klaus Vogel gemeinsam mit anderen Bürger*innen in Berlin die Seenotrettungsorganisation *SOS Mediterranee Deutschland*, die inzwischen in *SOS Humanity* umbenannt wurde. Sie wollten nicht mehr hinnehmen, dass die europäische Politik untätig blieb, während tausende Menschen auf der Flucht im Meer ertranken. Italien hatte im Oktober 2014 seine Seenotrettungsoperation *Mare Nostrum* eingestellt, die innerhalb eines Jahres laut IOM insgesamt 150.000 Menschen gerettet hatte. Die EU hatte Italien für seine aufwendige Mission und die Aufnahme der Geretteten keine Unterstützung geleistet. Seitdem das einzige staatliche Seenotrettungsprogramm eines EU-Mitgliedsstaats im zentralen Mittelmeer eingestellt wurde, war keine Operation der

EU mehr hauptsächlich auf die Rettung der flüchtenden Menschen ausgerichtet. Dabei bleibt Seenotrettung Pflicht und staatliche Aufgabe.

Seenotrettung bleibt Pflicht und staatliche Aufgabe

Mit Spenden aus der Zivilgesellschaft konnte die neu gegründete Seenotrettungsorganisation *SOS Mediterranee* 2016 bis 2018 das Schiff *Aquarius* und ab 2019 die *Ocean Viking* betreiben und

mehr als 34.600 Menschen aus dem zentralen Mittelmeer retten. Sie alle wurden an einen sicheren Ort an Land gebracht, wie es das Seerecht vorschreibt. „In nur sieben Monaten sammelten wir eine dreiviertel Million Euro“, beschrieb Gründer Klaus Vogel die Anfänge der von ihm initiierten Rettungsmission, als ihm am 2. Juli 2021 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen wurde. „Damit konnten wir ein großes Schiff chartern und fanden die *Aquarius*. [...] Am 7. März 2016 hatten wir unseren ersten Rettungseinsatz: 68 Menschen in einem langen grauen Schlauchboot. Die 58 Männer und 10 Frauen auf dem unsicheren, lebensgefährlichen Boot hatten Todes-

angst. Auf dem Weg durch die Sahara und in Libyen hatten sie Schreckliches erlebt. In das Boot waren sie mit Gewalt gezwungen worden. Später erfuhren wir, dass beim Einsteigen mehrere der Flüchtenden von den Schleppern getötet worden waren. Mehrere der Geretteten waren verletzt. Alle kamen aus Ländern südlich der Sahara, aus Gambia, Senegal, Mali und Sierra Leone. Sie waren barfuß, erschöpft, hungrig und ohne Besitz.“

In dieser Zeit und in den Folgejahren gründeten sich weitere *SOS-Mediterranee-Vereine* in Frankreich, Italien und der Schweiz, sowie mehrere zivile Seenotrettungsorganisationen, die seither Zehntausende gerettet haben, getragen durch die europäische Zivilgesellschaft,

beauftragt durch die unzähligen Spender*innen. Der deutsche Verein, inzwischen vom europäischen Verbund gelöst und unter dem neuen Namen *SOS Humanity*, bringt ab Sommer 2022 ein eigenes Rettungsschiff aufs Mittelmeer, die *Humanity 1*. Das Ziel: mehr Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren. Dabei bleibt *SOS Humanity* den Gründungswerten und -zielen der ursprünglichen

Organisation treu: Leben zu retten, die Überlebenden an Bord zu schützen und zu begleiten sowie ihre Schicksale zu bezeugen. *SOS Humanity* will die Aufklärung der Öffentlichkeit sowie die politische Arbeit verstärken, um auf die Veränderung der europäischen Migrationspolitik hinzuwirken. Hierzu gehört nicht nur, die Schicksale der Flüchtenden zu dokumentieren und ihren Geschichten Gehör zu verschaffen, sondern auch die humanitäre und politische Krise, ihre Verantwortlichkeiten und Folgen in der Öffentlichkeit klar zu benennen und politisch einzuordnen, also auch politisch Stellung beziehen. Diese neue Ausrichtung fußt auf der Erkenntnis, dass die schutzsuchenden Menschen auch an Land gerettet werden – durch die Entscheidungen in der europäischen Migrationspolitik.

Die tödliche Abschottungspolitik der EU

Im Mittelmeer muss die europäische Zivilgesellschaft mit ansehen, wie ihre Staaten bei der Seenotrettung versagen. Das internationale Seerecht verpflichtet Küstenstaaten eine Rettungsleitstelle einzurichten, die rund um die Uhr mit englischsprachigem Personal

besetzt ist, Notrufe entgegennimmt und Such- und Rettungsmaßnahmen koordiniert. Im Anschluss an eine Rettung müssen die Staaten schnellstmöglich einen sicheren Ort für die Ausschiffung der Überlebenden zuweisen. Jede Schiffsbesatzung ist völkerrechtlich dazu verpflichtet, in Seenot geratenen Menschen Hilfe zu leisten.

Doch die europäischen Staaten umgehen diese Pflicht zur Seenotrettung seit Jahren und lagern diese gezielt aus: an das instabile Libyen, ein vom Bürgerkrieg zerrüttetes Land mit katastrophaler Menschenrechtssituation. Diese Kooperation der EU mit Libyen wurde vor fünf Jahren, am 3. Februar 2017, mit der „Malta-Erklärung“ des Europäischen Rats festgelegt – mit dramatischen Folgen für den

Schutz der Menschenrechte und die Prinzipien des Seerechts. Für den Aufbau einer libyschen Küstenwache mit zahlreichen schnellen Patrouillenbooten und die Einrichtung einer libyschen Rettungsleitstelle wurden bis Ende vergangenen Jahres 57 Millionen Euro aus einem Nothilfe-Treuhandfond zur Fluchtursachenbekämpfung

in Afrika zweckentfremdet. Durch die Umsetzung der „Malta-Erklärung“ werden aus Libyen über das Mittelmeer flüchtende Menschen jährlich zu Zehntausenden von der libyschen Küstenwache gewaltsam abgefangen, illegal nach Libyen zurückgeführt und meist in menschenunwürdigen Lagern interniert.

Bis zur EU-geförderten Einrichtung der libyschen Such- und Rettungszone im Juni 2018 hatte Italien alle Seenotfälle in diesem Seegebiet koordiniert. Seitdem findet keine staatliche Koordination mehr statt und zivile Organisationen sind bei der Suche und Rettung meist auf sich gestellt. Mit diesen Maßnahmen befähigt die EU die libysche Küstenwache, systematisch Schutzsuchende auf hoher See abzufangen und in das Land zurückzuzwingen, aus dem sie geflohen sind. Auf diese Weise leistet die EU wissentlich Beihilfe zum Völkerrechtsbruch. Das Ziel ist zweifellos, die Flüchtenden von Europa fernzuhalten. Es ist eine Abschottungspolitik um jeden Preis, bei der die viel beschworenen europäischen Werte wissentlich über Bord gehen.

Europäische Werte gehen wissentlich über Bord

Ewiger Kreislauf von Flucht und Gewalt

Allein in den offiziellen Lagern in Libyen waren zum Jahresanfang 2022 rund 12.000 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen interniert. Es sind meist diese Orte des Schreckens, aus denen sie über das Mittelmeer zu fliehen versuchen. Sie werden in Libyen gefoltert, vergewaltigt, erpresst und versklavt, bis sie abermals zu fliehen versuchen – in seeuntauglichen Holz- oder Schlauchbooten, auf die sie teuer bezahlte Schlepper zwingen. Es ist ein brutaler, höchst menschenverachtender Kreislauf. Diesen können sie nur durchbrechen, wenn sie von zivilen Retter*innen auf See entdeckt und an einen sicheren Ort gebracht werden oder mit viel Glück die gefährliche Überfahrt bis nach Italien oder Malta überleben. Im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der illegalen Rückführungen, den sogenannten Pull-Backs, durch die libysche Küstenwache gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht. Über 32.000 Menschen hat diese Küstenwache im Jahr 2021 gewaltsam nach Libyen zurückgeschleppt, wie IOM in Libyen dokumentiert hat. Der US-amerikanische Journalist Ian Urbina, der ausführlich in Libyen recherchiert hat, berichtete Anfang des Jahres vor dem Menschenrechtsausschuss des EU-Parlaments: „Die Misshandlungen in den Lagern sind untrennbar verbunden mit der Finanzierung der libyschen Küstenwache. Alle NGO-Beobachter berichten, dass die Bedingungen in den Lagern sich verschlechtern. Der Zugang zu den Lagern für Außenstehende nimmt ab und die Zahl der Internierten in den Lagern nimmt zu. Der Grund hierfür ist, dass die libysche Küstenwache ihre Arbeit immer besser macht, was wiederum durch die Finanzierung der EU mit großer Hilfe Italiens möglich ist.“

Das System der libyschen Lager, eine Schande

An Bord der Rettungsschiffe berichten die Geretteten immer wieder, dass sie zuvor bereits mehrmals über das Mittelmeer zu fliehen versucht haben, aber jedes Mal von der Küstenwache abgefangen und zurückgezwungen wurden. Es ist ein zutiefst unmenschlicher, zynischer Kreislauf aus Ausbeutung, Gewalt, Flucht und Internierung. Nach unzähligen Berichten der Geflüchteten müssen sie nicht nur Geld für die Überfahrt mit den seeuntauglichen Booten an die Schlepper bezahlen, sie werden häufig in den Lagern gefoltert. Mit den Foltervideos, die dabei entstehen, werden ihre Angehörigen erpresst, ein Lösegeld zu schicken. Die Zustände in den hoffnungslos überfüllten Lagern sind unvorstellbar. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist unzureichend, die sanitäre Situation katastrophal, eine medizinische Versorgung kaum

existent. Die Geretteten finden immer wieder und unabhängig voneinander denselben Begriff, um die Situation in den Lagern zu beschreiben: „die Hölle“. Lieber wären sie im Meer ertrunken, als weiter so leben zu müssen, erklären die Überlebenden häufig gegenüber der Rettungsscrew.

Menschen auf See und an Land retten

Nach sechs Jahren Erfahrung mit dem Rettungseinsatz im Mittelmeer hat die Organisation *SOS Humanity* beschlossen, ihr Wirkungsfeld an Land weiter auszubauen. „Die flüchtenden Menschen auf dem Mittelmeer benötigen Unterstützung bei der Wahrung ihrer Rechte,“ sagt Maike Röttger, seit November 2021 Geschäftsführerin von *SOS Humanity*. Und weiter: „Daher wird die Organisation die politische Arbeit an Land verstärken und auf die Politik auf Bundes- wie auf EU-Ebene einwirken, mit dem Ziel diese zu verändern.“ Die neue deutsche Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, illegale Zurückweisungen und das Leid an den EU-Außengrenzen beenden und sicherstellen zu wollen, dass flüchtende Menschen nach der Rettung an sichere Orte gebracht werden. Die Unterstützung der libyschen Küstenwache lässt sich hiermit nicht vereinbaren.

Zivile Seenotrettung unerwünscht

Obwohl die zivilen Seenotrettungsorganisationen die Lücke füllen, welche die EU-Staaten hinterlassen haben, wird ihre lebensrettende Arbeit immer wieder blockiert und behindert, ihre Schiffe werden unter fadenscheinigen Begründungen von Behörden festgesetzt. So wurde das Rettungsschiff *Ocean Viking* 2020 fünf Monate lang in einem sizilianischen Hafen festgehalten und konnte nicht retten. Die Begründung: Es seien zuvor deutlich mehr „Passagiere“ transportiert worden als zugelassen. Ähnlich ergeht es zahlreichen zivilen Rettungsorganisationen. Die mangelnde Kooperation der Behörden mit den zivilen Rettungsschiffen können tödliche Folgen haben. So wurde die Crew der *Ocean Viking* im April 2021 auf der Suche nach einem Schlauchboot in Seenot mit rund 130 Menschen hierbei nicht unter-

Die Crew fand nur noch das luftleere Wrack

stützt, eine Koordinierung fand nicht statt. Als die Besatzung des Rettungsschiffs nach vielen Stunden Suche im Sturm das Boot endlich fand, waren alle Insassen ertrunken. Die geschockte Crew fand nur noch das luftleere Wrack des Schlauchboots und einige im Wasser treibende Leichen.

Die Menschlichkeit selbst ist in Gefahr



Petra Krischok
arbeitet als Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit & Pressesprecherin in der Berliner Geschäftsstelle von SOS Humanity. Die Organisation finanziert sich fast ausschließlich über Spenden. Alle Infos findet ihr unter <https://sos-humanity.org/>

„Eines vielleicht nicht fernen Tages werden Historiker fragen, warum es die Bürger und Politiker von Europa wissentlich zugelassen haben, dass im Mittelmeer viele Tausende in höchster Not befindliche, unschuldige Menschen starben“, sagte der Kapitän und Gründer von *SOS Humanity*, Klaus Vogel. „Die konkrete Politik der Europäischen Union an ihren Außengrenzen wie dem Mittelmeer ist einseitig von Abwehr und von Angst gesteuert, sie ist unmenschlich, fremdenfeindlich und rassistisch. Diese Politik muss sofort beendet werden. Ohne Humanität kann Migration nicht positiv gestaltet werden.“

Um die Missstände im zentralen Mittelmeer schnellstmöglich zu beenden, fordert *SOS Humanity* die zügige Einrichtung eines europäischen, staatlich koordinierten Seenotrettungsprogramms. Menschen aus Seenot müssen im Einklang mit dem Völkerrecht gerettet und an einen sicheren Ort an Land gebracht werden. Zudem muss die europäische Politik den längst überfälligen, verlässlichen Verteilmechanismus für die Geretteten in der EU etablieren. Europäische Küstenstaaten dürfen weder mit der Aufgabe der Seenotrettung noch mit der Aufnahme der Geflüchteten allein gelassen werden. Der europäische Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten zeigt, dass die EU entschlossen und einig zum Schutz von fliehenden Menschen handeln kann. Dieser Schutz muss an allen Grenzen und für alle Flüchtenden gelten – auch im Mittelmeer.<